

Die Schweiz, Europa – und die EU

Hayek-Tage 2014, 20.-21. Juni 2014

Ich danke der Friedrich August von Hayek-Gesellschaft sehr herzlich für die Einladung, hier und heute einige Überlegungen zum Thema „Die Schweiz, Europa - und die EU“ zu präsentieren. Es ist für mich eine grosse Ehre, vor einem so qualifizierten Publikum zu sprechen. Und ich hoffe, dass mein nicht-akademischer Vortrag Ihnen nützliche Anregungen für eine Diskussion bieten kann.

1.

Im Europa der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts hat Max Ernst innerhalb weniger Jahre zwei berühmte Gemälde geschaffen: im Jahre 1933 „Europa nach dem Regen“ und in den Jahren 1940 bis 1942 „Europa nach dem Regen II“. Auf dem ersten Werk ist die Karte eines Europas ohne Grenzen dargestellt, ohne den italienischen Stiefel, ohne die iberische Halbinsel, mit einem geschlossenen Mittelmeerraum, der nicht mehr mit dem Atlantik verbunden ist. Ein Europa, das nicht mehr zu erkennen ist. Auf dem zweiten Werk löst der grosse Maler von Brühl den Mythos Europas in einer zerstörten und versteinerten, beunruhigenden Landschaft auf, in der sich die Identität der hybriden, unförmigen Gestalten kaum erkennen lässt. Unter ihnen ein weiblicher Akt, eingeklemmt zwischen einigen Säulen und einem Stier im Zeretzungsstadium, es dürfte sich um die aufgelösten Protagonisten des Raubes der Europa handeln.

Man mag sich fragen, wie Max Ernst heute „Europa nach dem Regen III“ malen würde: welche Karte er skizzieren, welche Gestalten er entstellen und versteinern würde. Wir sind zum Glück weit entfernt von jenen dramatischen Umbrüchen, die Ernst im Auge hatte. So sehr sich das Gebilde kritisieren lässt, das zur heutigen EU geworden ist, es war das Instrument, das die europäischen Länder wählten, um den Frieden zu gewährleisten, und das Ziel wurde erreicht: Europa erlebte Jahrzehnte des Friedens, und den Völkern wurde die Tragödie eines weiteren Krieges erspart.

Viele halten dafür, dass dies nicht das Verdienst der Union, sondern der Nato sei. Es handelt sich hierbei meiner Ansicht nach um eine streitbare These. Nicht nur deshalb, weil einige europäische Länder schon vor dem Abschluss des Nordatlantikvertrages von 1949 sich vereinigt hatten, um einen neuen Krieg zu vermeiden; sie hatten zu diesem Zweck 1948 den Brüsseler Vertrag unterzeichnet, aus dem die Westeuropäische Union (WEU) hervorging. Die These ist auch und vor allem darum fraglich, weil das Verdienst der Nato nicht darin bestand, den Frieden unter europäischen Ländern zu garantieren, die sich bekriegt hatten, sondern

vielmehr darin, einen Krieg zwischen den freien und demokratischen westlichen Staaten einerseits und den von der Sowjetunion beherrschten Staaten des Ostens andererseits zu vermeiden. Raymond Aron prägte damals die bekannte Formel „Paix impossible, guerre improbable“: das war es, was die Nato garantierte. Der Frieden unter den europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Grossbritannien) hingegen wurde von jenem einheitlichen Design garantiert, das die Vorgängerorganisationen der EU nach dem Zweiten Weltkrieg zu verwirklichen begonnen hatten.

Es versteht sich im übrigen nicht von selbst, dass eine einfache Vereinigung von Staaten, die sich eine weitgehende Souveränität bewahren, den Frieden gewährleistet. Die Schweiz war, als sie einen solchen Bund souveräner Kantone darstellte, nicht in der Lage, den Frieden im Innern zu sichern; sie musste durch den Sonderbundkrieg hindurchgehen, bevor sie sich 1848 eine moderne institutionelle Ordnung gab und sich von einem losen Bund von Kantonen zu einem echten föderalen Staat mauserte.

Kurzum, die EU war Ausdruck des Willens der Mitgliedstaaten, keine Kriege mehr zu führen und sie erwies sich als taugliches Instrument. Der Frieden war innerhalb der Grenzen der EU eine Gegebenheit. Ausserhalb der EU war der Krieg nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Hinfall des Warschauer Paktes indes nicht mehr unwahrscheinlich, sondern wurde zu einer traurigen und tragischen Realität, ungeachtet der Anwesenheit der Nato: denken wir nur an die gewalttätigen Konflikte in Ex-Jugoslawien in den 1990er Jahren.

Gerade in den Zeiten der schwersten Konsenskrise der EU sollten wir des historischen Verdienstes der EU eingedenk sein: Dank der EU ist heute der Krieg unter den europäischen Ländern, die sich einst bekriegt hatten, nicht nur unwahrscheinlich, sondern ziemlich undenkbar geworden.

2.

Aber es ist unverkennbar: das Europa unserer Tage durchlebt eine schlimme Zeit. Denken wir nur an die Finanzkrise, die Staatsschuldenkrise, die hohe Arbeitslosigkeit, separatistische Tendenzen und wenig durchdachte Sezessionsbestrebungen, an das Überhandnehmen einer Rhetorik der Antipolitik und eines marktfeindlichen Populismus, an die Unduldsamkeit gegenüber dem Euro und gegenüber den Institutionen in Brüssel und Strassburg, an die zum Standard avancierte verbale Gewalt in politischen Auseinandersetzungen, an die Methode der systematischen Delegitimierung der politischen Gegner, die nicht mehr als Mitbewerber betrachtet werden, die zu respektieren, sondern als Feinde, die zu

eliminieren sind. Kurzum, es herrscht ein übles Klima. Wir können nur erahnen, wie die Kreativität von Max Ernst die Lage heute darstellen würde.

Vor einem Monat sind die europäischen Bürger, oder besser: ist eine Minderheit der europäischen Bürger (Beteiligung: 43,1 Prozent), an die Urnen gegangen, um das neue Parlament zu wählen. Die EU-skeptischen Parteien und Bewegungen haben, von einigen Ausnahmen abgesehen, hohe Zustimmungsraten erreicht; die EU-befürwortenden Parteien haben hingegen gewichtige Zustimmungs- und Sitzverluste hinnehmen müssen. Alle haben dann, wie es stets zu geschehen pflegt, die Ergebnisse in den einzelnen Ländern und in ihrem Gesamtzusammenhang nach eigenem Belieben und Nutzen interpretiert. Es ist schwierig zu sagen, ob das schwache Abschneiden einiger EU-befürwortender Parteien, die in den entsprechenden Ländern an der Regierung sind, mehr auf die Wut vieler Bürger gegen die EU und ihre mutmasslichen Auflagen oder aber auf die Binnensituation des jeweiligen Landes zurückzuführen ist. Zweifellos spielte die Ablehnung der EU und ihrer Politiken in Frankreich, in Grossbritannien und in Griechenland eine entscheidende Rolle, teilweise auch in Österreich, viel weniger in Deutschland. Die EU-skeptische Welle hat also den alten Kontinent von Norden bis nach Süden erfasst: Es war nicht so, dass eine lateinische, proeuropäische Stimme einer angelsächsischen, antieuropäischen entgegengesetzt war oder umgekehrt. Die liberalen Kräfte sind gleichsam übel zugerichtet aus den Wahlen hervorgegangen.

Dabei müssen wir uns davor hüten, eine Gleichsetzung von "EU-skeptisch" mit "liberal" vorzunehmen. Sie stimmt so nicht. Die Partei "Alternative für Deutschland" ist zweifellos eine Ausnahme, wobei Deutschland insgesamt eine Ausnahme darstellt. Die Situation der meisten anderen EU-Länder stellt sich anders dar. Die EU-Skepsis wird von vielen Parteien vertreten, die kaum etwas Liberales an sich haben: vom Front National von Marine Le Pen über die Lega Nord und Movimento 5 Stelle in Italien bis hin zu den Linksextremen "Podemos" in Spanien und Syriza in Griechenland und der Freiheitspartei von Geerd Wilders in Holland. Die UKIP ist wiederum ein Sonderfall, die eine gründlichere Analyse verdiente. Was wir jedoch beachten sollten: Fast alle genannten Parteien haben in ihren Ländern mehr Zuspruch erhalten als die AfD in Deutschland. Sollten sie an die Regierung gelangen, dürften sie Massnahmen umsetzen, die sich noch mehr am Etatismus und Protektionismus ausrichten würden als diejenigen der heute herrschenden Parteien. Fast alle diese EU-Skeptiker kritisieren die EU vor allem deshalb, weil sie in den beiden letzten Jahrzehnten Politiken umgesetzt hat, die gemäss ihrer Beschreibung neoliberaler Herkunft sind. Dies ist ein Aspekt, den wir bei aller berechtigten EU-Kritik nicht vergessen dürfen.

In einem Punkt können wir alle einig sein, ungeachtet der verschiedenen Interpretationen der Wahlergebnisse: Die Europäische Union (EU) ging nicht gestärkt aus den Wahlen hervor, die vom 23. bis zum 25. Mai stattfanden.

Dreieinhalb Monate zuvor, am 9. Februar, hat das helvetische Stimmvolk in einer auch in den EU-Ländern vielbeachteten Abstimmung eine Änderung der Bundesverfassung gutgeheissen, die eine Beschränkung der Immigration vorsieht. Die Mehrheit des Volks und der Kantone hat ein Kontingentierungssystem mit Höchstgrenzen für alle Kategorien ausländischer Bürger angenommen und den Grundsatz des Inländervorrangs auf dem Arbeitsmarkt wieder eingeführt. De facto hat sich die Schweiz neue Regeln gegeben, deren Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Personenfreizügigkeit in Frage steht - einem wesentlichen Bestandteil des zweiten Pakets von Bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. Wir können festhalten, dass auch diese Abstimmung ein grosses Unbehagen – um es mal gelinde auszudrücken – der Bürger gegenüber der EU zum Ausdruck brachte. Auch hier gilt: Die institutionellen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU gingen nicht gestärkt aus der Abstimmung vom 9. Februar hervor.

Vom Mittelmeer über die Alpen bis hin zur Nordsee ist das europäische Klima also alles andere als heiter. Der liberal gesinnte Beobachter, der über diese Ereignisse nachdenkt, schüttelt den Kopf. Zuweilen verwirft er auch die Hände, als Zeichen melancholischer Resignation. Er vermag sich nicht einfach damit abzufinden, dass die Grundsätze und Politiken eines freiheitlichen Zusammenlebens in Frieden heute einen hässlichen Moment erleben. Ja, wir stossen uns daran, wie sie misshandelt und missachtet werden – und dies umso mehr, als wir wissen, dass der einheitliche europäische Entwurf ursprünglich genau mit dem Ziel entstand, diese Grundsätze und Politiken zu befördern.

Das europäische Bild scheint gleichsam zusammengeschrumpft zu sein: Das Europa der Freiheiten ist ebenso unerkennbar wie jenes von Max Ernst gemalte Europa nach dem ersten Regen in den 1930er Jahren. Die vier Grundfreiheiten – freier Verkehr der Waren, der Personen, des Kapitals und der Dienstleistungen – sind in einem undurchdringlichen Netz aus Reglementierungen und Ausnahmen versteinert, das surreale Dimensionen angenommen hat.

Es erweist sich als schwierig, eine verlässliche Quantifizierung des Acquis Communautaire vorzunehmen: Die Rede ist von 30'000 Gesetzgebungsakten, die auf 100'000 Seiten ausformuliert sind. Zieht man in Betracht, dass die Zahl der EU-Funktionäre relativ begrenzt ist, muss man fast schon zum Schluss kommen: Ihre Produktivität ist extrem hoch.

Es gibt jene, die von einer neuen Diktatur sprechen, einem neuen Imperium, das die Völker und Bürger der verschiedenen Länder erstickt und unterdrückt. Doch entspricht die real existierende EU nicht dem Bild eines blutrünstigen Tyrannen, sondern eher jenem eines „sanften Monsters“, wie Hans Magnus Enzensberger treffend bemerkte. Ich zitiere aus seinem gleichnamigen Buch eine längere Passage:

„Sie bewegt sich auf leisen Sohlen. Sie gibt sich erbarmungslos menschenfreundlich. Sie will nur unser Bestes. Wie ein gütiger Vormund ist sie besorgt um unsere Gesundheit, unsere Umgangsformen und unsere Moral. Auf keinen Fall rechnet sie damit, dass wir selber wissen, was gut für uns ist; dazu sind wir in ihren Augen viel zu hilflos und zu unmündig. Deshalb müssen wir gründlich betreut und umerzogen werden.

Wir rauchen, wir essen zuviel Fett und Zucker, wir hängen Kruzifixe in Schulzimmern auf, wir hamstern illegale Glühbirnen, wir trocknen unsere Wäsche im Freien, wo sie nicht hingehört.

Wo kämen wir hin, wenn wir selbst entscheiden könnten, wem wir unsere Wohnung vermieten wollen! Kann es angehen, dass es Abweichler gibt, die ihre Betriebsrenten auszahlen, wie es ihnen beliebt, und dass jemand in Madrid oder Helsinki ein Tempolimit einführen will, das der Euronorm widerspricht? Müssen nicht überall, ganz ohne Rücksicht auf Klima und Erfahrung, überall genau dieselben Baustoffe verwendet werden? Kann es jedem Land überlassen bleiben, wie es in seinen Universitäten und Schulen zugeht? Wer sonst als die Kommission soll darüber befinden, wie der europäische Zahnersatz oder die europäische Kloschüssel auszusehen haben? Wäre nicht ein heilloses Durcheinander zu befürchten, wenn über solche Fragen in Stockholm oder London statt in Brüssel entschieden würde? Wo kämen wir hin, wenn sich am Ende irgendein Magistrat darüber Gedanken machte, nach welchen Vorgaben in seiner Gemeinde Busse und U-Bahnen fahren? Solche Extratouren dürfen auf keinen Fall geduldet werden. Die Europäische Union weiss alles besser als wir.“

(Hans Magnus Enzensberger, *Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas*, Edition Suhrkamp, Berlin 2011, S. 57)

Wir treffen hier auf zahlreiche Bilder, die ein neuer Max Ernst in einem imaginären Gemälde *Europa nach dem Regen III* versteinern lassen könnte.

Sie können gut einige der Gründe einsehen, warum wir Schweizer, die wir eifersüchtig über unsere Souveränität und über unsere Unabhängigkeit wachen, über unsere Vielfalt und über unsere Verschiedenheiten im Innern, dieser EU nicht

beitreten wollen. Dabei ist aber klar: Die Bürokratien, die alles besser wissen als wir Bürger, existieren in allen Ländern und sehen sich auch in allen Ländern zum Verwechseln ähnlich. Auch wir Schweizer könnten wie Hans Magnus Enzensberger einen schönen unendlich langen Katalog präsentieren.

Im Tessin, also im Schweizer Kanton italienischer Sprache und Kultur, haben die Funktionäre beispielsweise anständig geregelt, wie die Küchen, die Tische und die Toiletten in den Bars und Restaurants auszusehen haben. Im *Reglement des Gastgewerbegesetzes (Regolamento della legge sugli esercizi alberghieri e sulla ristorazione)*, verabschiedet am 16. März 2011, heisst es in Artikel 35: „Das Waschbecken an der Bartheke, zweifach mit Kalt- und Warmwasser ausgestattet, muss von der Theke getrennt sein“, wobei „da, wo eine Geschirrspülmaschine steht, bloss ein einfaches Waschbecken verlangt wird“.

Hans Magnus Enzensberger hätte für seine bissig-ironischen Betrachtungen über die europäischen Klos reichlich Inspiration in Artikel 45 gefunden. Sie werden mir nachsehen, dass ich Ihnen nicht den ganzen Artikel vorlese. Er umfasst 1000 Zeichen. Fünf Paragraphen, wo ausführlich die Ausstattung der Restauranttoiletten unserer Region vorgeschrieben wird – in einer Detailliertheit, die nicht gerade elegant und ästhetisch, jedoch bestimmt erschöpfend ist, und die den unbedarften Betrachter staunend zurücklässt. Der Beamte, der diese Verordnung aufgesetzt hat, die dann vom Regierungsrat des Kantons Tessin abgesegnet wurde, nun, dieser Beamte ist offenkundig überzeugt, dass ein Restaurateur seine Gaststätte nicht so einzurichten versteht, wie es sich gehört. Und freundlicherweise hat er sich dieser Aufgabe angenommen, zum Wohle von uns allen.

Bitte beachten Sie: Dies ist die vielgelobte Schweiz, nicht die vielgescholtene EU. Und das Tessin ist ein Kanton mit 350'000 Einwohnern. Und ich erspare Ihnen Beispiele von Verordnungen auf der Ebene der Bundesgesetzgebung: Wir könnten uns da zweifellos königlich amüsieren. Auf das „sanfte Monster“ treffen wir auch in der kleinen halbdirekt-demokratischen, nicht der EU angehörigen und föderalistischen Eidgenossenschaft. Aber genau deshalb verspüren wir absolut keine Lust, uns von einem anderen, viel mächtigeren „sanften Monster“ einverleiben zu lassen, eben jenem der EU. Wir wenden den Grundsatz der Subsidiarität korrekt an: Wir sind selbst fähig, diese Dinge zu tun, wir verfügen hierfür über alle nötigen Kompetenzen, wir kennen die Wünsche unserer Bevölkerung und die beruflichen Schwächen unserer Restaurateure gut genug, und also sehen wir keine Veranlassung, diese Entscheidungskompetenzen auf eine höhere institutionelle Ebene zu übertragen, die bloss dazu angetan ist, unsere Souveränität in dieser Sache in Frage zu stellen.

Nach einer wunderbaren Legende weigerte sich Wilhelm Tell, als er über den öffentlichen Platz in Altdorf schritt, sich vor dem kaiserlichen Hut der Habsburger zu verneigen, woraufhin er gezwungen wurde, eine Prüfung zu bestehen, nämlich mit der Armbrust einen Apfel vom Kopf seines Sohnes zu schießen. Er bestand die Prüfung mit Bravour, wobei er einen zweiten Pfeil bereithielt, um den Vogt Gessler zu töten, für den Fall, dass der erste Schuss misslingen sollte. Dieser Vorfall war nach der Erzählung der Auslöser für den Aufstand, der am 1. August 1308 zur Befreiung der Schweiz führte. Ein Volk, das sich mit der Tell-Sage identifiziert, kann unmöglich den Kopf vor den Verordnungen der Bürokratie von Brüssel neigen.

4.

Sie werden mir hoffentlich nachsehen, dass mein Diskurs zwischenzeitlich in die Sphäre des Sarkasmus abgeglitten ist, auch in jene der Legende, aber die Stimmung gegen Brüssel, die sich heute in der Seele vieler europäischer Bürger wahrnehmen lässt, hat viel mit den geschilderten kleinen Dingen unseres Alltags zu tun. Und die Stimmung akzentuiert sich weiter, wenn der Etatismus, man könnte auch sagen: der Hyperreglementarismus der EU weitere Gebiete erfasst, die für die europäischen Länder und ihre Bevölkerungen von grösserer Bedeutung sind. Die Krise des internationalen Finanzsystems und die Staatsschuldenkrise, mit allem, was an Massnahmen von Seiten der EU darauf folgte, hat die Anti-EU-Gefühle weiter angefacht; für viele EU-Bürger ist die gegenwärtige Krise die alleinige Schuld der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Einführung des Euro.

Wir wissen jedoch nur zu gut, dass die Staatsschuldenkrise nicht durch die EU verursacht wurde und ebenso wenig durch den Euro. Es gibt bekanntlich Länder, die der Eurozone beitraten, obwohl sie die beiden Stabilitätskriterien des Vertrags von Maastricht nicht erfüllten – Gesamtverschuldung von maximal 60 Prozent des Bruttoinlandprodukts und nicht mehr als 3 Prozent jährliche Neuverschuldung. Italien zum Beispiel war durch eine doppelt so hohe Verschuldung der öffentlichen Hand belastet, Belgien ebenso. Griechenland hat sogar mit falschen Karten gespielt, um der Eurozone beizutreten. Es gibt Minister von EU-Staaten, die die Maastricht-Regeln als idiotisch bezeichnet hatten, zum Beispiel den früheren italienischen Minister Giulio Tremonti, bevor sich die Unhaltbarkeit der Finanzpolitik ihrer Regierungen in aller Offensichtlichkeit zeigte. Hätte es in den vergangenen Jahren während der Phasen wirtschaftlichen Wachstums mehr Maastricht und weniger falschen, ausgabenfreudigen Keynesianismus gegeben, wäre heute die Schweiz nicht die Ausnahme, sondern die Regel in Europa.

Die Mitverantwortung der EU und der EZB besteht darin, die Krankheit der Staatsverschuldung, die durch ein Übermass von Staatsausgaben verursacht wurde,

nicht an der Wurzel angepackt zu haben. Hingegen wurde viel zu billiges Geld zur Verfügung gestellt, eine Art Droge für kranke Staaten. Das Rezept des Billiggeldes hat kein Problem gelöst; es hat die bestehende Situation sogar insofern weiter verschlimmert, als die Schuldenkrise sich akzentuierte, während die Staaten die Gelegenheit ergriffen, die wahren Ursachen ihrer Zerrüttung – überdimensionierte öffentliche Ausgaben schon vor der Finanzkrise – zu vertuschen und zu relativieren. Das Ausmass der Verschuldung wurde einzig – doch für wie lange noch? – durch die unglaubliche Menge an Geld erträglich gemacht, die die Zentralbanken weiterhin drucken, und durch die Rettungspläne für hoch verschuldete Staaten. Diese Rettungspläne werden mit weiteren öffentlichen Geldern finanziert und belasten zuletzt auch die solideren und weniger verletzbaren EU-Staaten. Es stimmt zwar, dass die Idee der Eurobonds, die von allen Staaten gemeinsam garantiert werden, nicht durchkam. Doch das Ausmass der Staatstitel, die durch die EZB notfalls in unbegrenzter Menge aufgekauft werden, ist ein würdiger Ersatz, vielleicht gar noch riskanter als die Eurobonds selbst.

5.

Die Schweiz hat sich ausserhalb dieses Chaos und dieser Logiken gehalten und tut es auch weiterhin. In unserem föderalistischen System stehen beispielsweise die Kantone, die sich zur Finanzierung von öffentlichen Bauarbeiten verschulden, selbst für ihre Schulden gerade. Jeder Kanton fragt selbständig nach Krediten auf dem Kapitalmarkt nach und haftet selbst für die Kosten seiner öffentlichen Schulden, mit unterschiedlichen Zinsfüssen. Wir sind auch im Zins-Spread föderalistisch, also vielfältig. Und die Nationalbank erwirbt auf dem Primärmarkt keine Staatsobligationen.

Dennoch ist die Schweiz auf dem alten Kontinent nicht isoliert. Sie hat sich, dem Volkswillen folgend, entschieden, den Weg der Bilateralen Abkommen zu beschreiten, also von Verträgen, die keinen automatischen Souveränitätstransfer an die EU vorsehen.

Bevor wir uns ein wenig näher ansehen wollen, worin dieser bilaterale Weg besteht, bedarf es jedoch einer wichtigen Präzisierung.

Wenn man vom europäischen Integrationsprozess spricht, ist es angezeigt, der Begriffswahl höchste Aufmerksamkeit angedeihen zu lassen: Eine Sache ist Europa, eine andere die Europäische Union. Die EU ist nicht Europa. Und umgekehrt erschöpft sich Europa nicht in der EU: Europa ist eine breitere und tiefere geographische, geschichtliche, soziale, politische und kulturelle Wirklichkeit. Man kann nicht umhin, diese grundlegende Unterscheidung zu treffen, wenn man

vermeiden will, als antieuropäisch zu gelten, bloss weil man sich kritisch gegenüber der EU äussert. Dieses Missverständnis gilt es zu vermeiden.

Wir Schweizer sind Europäer, wird sind voll und ganz Europäer. Die Schweiz liegt mitten in Europa – um das herauszufinden, reicht es, eine Landkarte oder ein Geschichtsbuch zu konsultieren. Wir befinden uns gleichsam im Herzen des alten Kontinents. Wir sind hingegen nicht Mitglied der EU und wollen dies auch nicht sein. Unsere Geschichte, unsere Kulturen, unsere Sprachen sind Teil der europäischen Identität. Unser Staat mit seinen Institutionen ist hingegen unabhängig von der Organisation der Staaten der EU, unabhängig von den gemeinsamen europäischen Institutionen.

Wir hatten diese Entscheidung genau in jenem Augenblick getroffen, in dem die (wirtschaftliche) Europäische Gemeinschaft beschloss, mit dem Vertrag von Maastricht von 1992 zur Europäischen Union zu werden. Am Ende desselben Jahres, 25 Tage bevor Maastricht in Kraft trat, lehnte eine klare Mehrheit der Stände und eine knappe Mehrheit des Stimmvolkes - wobei die Stimmen aus dem Kanton Tessin massgebend waren – den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. (Der EWR trat dann am 1. Januar 1994 als Abkommen zwischen der EU und den drei in der Europäischen Freihandelszone (Efta) verbliebenen Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen in Kraft.)

Am 6. Dezember 1992 haben wir also Nein zum Beitritt zum EWR und indirekt, implizit, Ja zum bilateralen Weg in den Beziehungen zur EU gesagt. Diese Wahl des Bilateralismus hat sich am 21. Mai 2000 mit der Zustimmung einer klaren Mehrheit des Volkes und fast aller Stände zu den bilateralen Verträgen I konkretisiert. Nur das Tessin und der Kanton Schwyz waren dagegen; doch handelte es sich dabei um ein einfaches Referendum, so dass die Mehrheit der Kantone nicht einmal notwendig war.

Die Option des Bilateralismus wurde dann in allen folgenden Volksabstimmungen direkt oder indirekt bestätigt, die die bilateralen Abkommen zum Gegenstand hatten. Dies war auch der Fall, als es am 9. Februar 2014 um die Verfassungsinitiative „gegen die Masseneinwanderung“ ging, wie sie gemeinhin heisst.

Gewiss, der neue Artikel der Bundesverfassung stellt ein ernsthaftes Problem bezüglich der Vereinbarkeit mit dem Bilateralen Abkommen über die Personenfreizügigkeit. Dennoch zwingt er die Schweiz nicht, mit dem bilateralen Weg zu brechen, sondern er verlangt danach, das Abkommen neu zu verhandeln. Dafür ist eine Frist von drei Jahren festgelegt. Der Bundesrat hat angekündigt, bis Ende Juni, also in diesen Tagen, einen Umsetzungsvorschlag für den neuen

Verfassungsartikel zu präsentieren und zudem bis Ende dieses Jahres ein Gesetzesentwurf über das neue Kontingentierungssystem für Ausländer in die Vernehmlassung zu schicken. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Konsultation wird die Regierung entscheiden, welchen Gesetzesentwurf sie den Räten vorlegt. Mit der EU hat sie bereits Gespräche aufgenommen, um die Machbarkeit des Umsetzungsvorschlags abzuklären.

Unser Europäischsein, oder besser: unser europäisches Anderssein – im Grunde sind alle Länder anders europäisch: darin besteht der Reichtum Europas –, unsere Offenheit in Europa gegenüber anderen europäischen Ländern hat Wurzeln, die weit zurück liegen. Es gilt, sich an wenigstens drei Daten zu erinnern:

Das erste Datum ist der 4. Januar 1960. Die Schweiz tritt von Beginn an der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) bei, die mit dem Vertrag von Stockholm von Österreich, Dänemark, Norwegen, Portugal, Schweden, der Schweiz, Grossbritannien und Nordirland ins Leben gerufen wird, also von Ländern, die damals nicht Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) waren. Wie Sie alle wissen, ist die Efta anders als die EWG und die EU keine Zollunion, sondern ein zwischenstaatliches Gebilde, das die Handelsfreiheit zwischen Mitgliedsländern begünstigt, indem es die Handelshemmnisse beseitigt. Heute, mit der Erweiterung der EU, hat die Efta viel an Bedeutung verloren. 1960 war es die freihändlerische europäische Alternative zur EWG.

Das zweite Datum ist der 6. Mai 1963. Die Schweiz tritt dem Europarat bei. Das klingt nach einem wenig bedeutungsvollen Schritt. Der Europarat ist zwar die wichtigste Organisation, die die Menschenrechte auf dem alten Kontinent verteidigt. Alle Mitgliedsstaaten des Europarats haben die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet, also jenen Vertrag, der die Menschenrechte, die Demokratie und den Rechtsstaat schützt, insbesondere mithilfe des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Sie werden aber vermutlich sagen, das sei eine Selbstverständlichkeit. Die Besonderheit, ja der Ausnahmecharakter jenes Datums und jenes Beitritts besteht jedoch darin, dass 1963 in der Schweiz das Stimm- und Wahlrecht – eines der grundlegenden Rechte der Menschen in einer Demokratie – den Männern vorbehalten war. Die Frauen konnten damals in der Schweiz weder stimmen noch wählen, nicht auf nationaler, nicht auf kantonaler und nicht auf kommunaler Ebene, und sie konnten auch nicht selbst in ein Parlament oder eine Regierung gewählt werden. Ungeachtet dieser inneren Verslossenheit öffnete sich die Schweiz am 6. Mai 1963 gegenüber dem Europa der Menschenrechte, indem sie dem Europarat beitrug (wobei sie acht Jahre danach in einer nicht weniger historischen Abstimmung den Frauen das Stimm- und

Wahlrecht zuerkannte). Im vergangenen Jahr haben wir – zugegebenermassen ziemlich still – den 50 Jahre-Geburtstag des Beitritts zum Europarat gefeiert.

Das dritte Datum ist der 3. Dezember 1972. Die Schweiz heisst in einer Volksabstimmung das europäische Freihandelsabkommen zwischen der Efta und der EWG gut. Die Zustimmung fällt mit 72,5 Prozent deutlich aus, alle Kantone sprechen sich dafür aus. Die europäische Alternative zur EWG öffnete sich also, indem sie dem bilateralen Weg folgte, einer Politik des Freihandels mit den Ländern der Gemeinschaft, mit dem Ziel, die Handelshemmnisse und die Kontingentierungen der Industrie- und Landwirtschaftserzeugnisse abzubauen bzw. zu beseitigen.

6.

Die Schweiz hat diesen alternativen bilateralen Weg voller Überzeugung beschritten. Und sie hat im Sinne, diesen Weg weiter zu gehen, ohne der EU beizutreten. Dies ist ein Punkt, der nach Klarheit und Explizitheit verlangt: Die grosse Mehrheit der Bürger und der Kantone unseres Landes ist ganz klar dagegen, einen Teil der Souveränität an die Institutionen in Brüssel und Strassburg zu delegieren. Und der Widerstand gegen einen Beitritt zur EU ist in den letzten Jahren noch gewachsen. Heute würde sich eine Volksabstimmung über einen Beitritt der Schweiz zur EU höchstwahrscheinlich in ein echtes Plebiszit für die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft verwandeln.

Die europäischen Wahlen vor einem Monat haben uns wissen lassen, dass auch ein beträchtlicher Teil der Bürger von EU-Staaten gegen eine solche Delegation von Macht oder Souveränität ist. Es gibt also ein Europa, das sich innerhalb der EU befindet, und es gibt ein Europa, das ausserhalb der EU steht; es gibt ein Europa, das sich trotz allem mit der EU und ihren Institutionen identifiziert, und es gibt ein Europa, das sich nicht damit identifiziert und ein sehr kritisches Verhältnis zu diesen Institutionen und dem Bild einer vereinheitlichten Union unterhält. Europa müsste also diese innere Differenzierung gänzlich anerkennen und verfestigen, statt um jeden Preis eine Integration voranzutreiben, die die europäischen Besonderheiten viel zu wenig respektiert.

In Wirklichkeit ist die Überlagerung von EU und Europa nicht notwendig, weder mit Bezug auf die Freiheit noch mit Bezug auf das Ziel des Friedens. Die Freiheit, oder besser: die Freiheiten, die wirtschaftliche eingeschlossen, setzen nicht die Existenz einer einzigen Union von europäischen Staaten voraus, die alle denselben politischen Institutionen und derselben Gesetzgebung unterworfen sind. Der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen kann durch bilaterale Verträge

gewährleistet werden - und müsste eigentlich schon durch die Regeln der Welthandelsorganisation gewährleistet sein.

Der Friede auf dem alten Kontinent verlangt nicht danach, dass alle europäischen Länder zu einer Europäischen Union gehören: Es ist hingegen notwendig, dass all jene Länder in eine wie auch immer geartete Union integriert sind, die sich noch vor nicht allzu langer Zeit gegenseitig bekriegt haben. Die Länder, die keine aktive Rolle in der Entfesselung des europäischen Bürgerkriegs spielten, könnten problemlos weiterhin auch ausserhalb der EU existieren. Ein kleines neutrales Land wie die Schweiz bildet gewiss keine Bedrohung für den Frieden in Europa und wird dies auf absehbare Zeit auch nicht tun, jedenfalls so weit unser fehlbarer Verstand sich die Zukunft auszumalen vermag.

Vielmehr sollten wir uns fragen, ob mit Blick auf den Zweck des Friedens das Mittel einer Union unter souverän bleibenden Staaten hinreichend sei. Dies ist ein sehr heikler Punkt. Wir haben bereits gesehen, dass dies im 19. Jahrhundert nicht genügte, um den Frieden in der Schweiz zu gewährleisten: Der Sonderbundkrieg brach innerhalb eines Bundes von Kantonen aus, die über besondere Vorrechte verfügten: Es gab damals Zollgrenzen, regionale Armeen, die Kantone prägten ihre eigenen Währungen, es gab sogar unterschiedliche Masseinheiten. Aus dem Sonderbundkrieg ging die moderne Schweiz hervor: nicht mehr eine Konföderation souveräner Kantone (also eine Union von Staaten), sondern ein föderaler Staat, in dem die Kantone eines nicht unbedeutenden Teils ihrer Souveränität entkleidet wurden. Es ist hier nicht notwendig, näher auf die Ursachen dieses Krieges einzugehen, ob sie nun ausschliesslich religiöser Art waren oder nicht. Wichtig ist jedoch, darauf hinzuweisen, wie das Mittel der Union relativ souveräner Staaten sich als unwirksam erwies, um das Ziel des Friedens zu erreichen.

Erst die Entwicklung, die 1848 im föderalistischen Sinne in Bewegung gesetzt wurde, garantierte den inneren Frieden unter den Kantonen, wobei stets zu bedenken bleibt, dass sie auf eine sieben Jahrhunderte andauernde Entwicklung folgte. Dies macht aus der Schweiz eine Vorläuferin einer wie auch immer gearteten EU. Und dies wiederum qualifiziert sie, von der aktuellen EU als erhaltenswertes Beispiel betrachtet zu werden, als Staatsexperiment, das in seiner Unabhängigkeit und Autonomie Respekt verdiente statt ständig unter Druck gesetzt zu werden.

Der geschichtliche und soziale Kontext ist heute in Europa ein völlig anderer. Wir haben der EU das historische Verdienst zuerkannt, dass sie das taugliche Instrument war, um die längste Zeitspanne des Friedens auf dem alten Kontinent zu garantieren, auch wenn – wie wir gesehen haben – viele Analytiker dieses Verdienst in Frage stellen, indem sie auf den Nordatlantikvertrag verweisen. Doch haben wir auch

gesehen, dass die bloße Präsenz der Nato nicht verhindert hat, dass schreckliche Konflikte in europäischen Ländern ausbrachen, die nicht an die EU gebunden waren: Wir erinnern uns alle an die Kriege in Ex-Jugoslawien.

Und hier fügt sich der Diskurs über das sogenannte Demokratiedefizit der EU ein. Dabei handelt es sich um einen sehr heiklen Diskurs, den wir nur anschnitten können. Es stimmt: die Regierung der EU wird nicht gewählt. Doch werden nur ganz wenige Regierungen in Europa gewählt. Nicht einmal in der Schweiz wird der Bundesrat vom Volk ernannt; er wird von der Bundesversammlung - beiden vereinigten Parlamentskammern - gewählt. Die Regierung verfügt darum, streng genommen, über keine Legitimation durch das Volk. Hingegen werden die Regierungen aller Kantone durch die Bürger gewählt. In der EU folgt das Demokratiedefizit aus dem - sozusagen - unvollständigen Wesen der Union selbst: sie ist mehr als ein einfacher Bund von Staaten (Staatenbund), aber zugleich viel weniger als ein föderalistischer europäischer Bundesstaat. Die deutsche Sprache hat dafür das Wort „Staatenverbund“ erfunden. Diese Unvollständigkeit ist indes keiner bewussten zentralistischen Wahl für eine Machtkonzentration an der Spitze des Gebildes geschuldet, sondern den Widerständen und der offenen Opposition einzelner Staaten, die heute der EU angehören. Fragen wir uns: Wie viele Staaten, deren Bürger das Demokratiedefizit der EU beklagen, wären bereit, mehr Entscheidungskompetenzen und Befugnisse, wie sie einem echten Bundesstaat zukämen, an die EU und ihre Institutionen abzutreten? Es ginge dabei um Kompetenzen und Befugnisse, die für alle anwendbar wären, die aber nicht die Zustimmung aller bedürften - eine Mehrheit der Stimmen der Staaten würde reichen. Wer will das wirklich?

Das Demokratiedefizit betrifft auch die beschränkten Möglichkeiten der direkten Teilnahme der EU-Bürger an den Entscheidungsprozessen in der EU. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde zwar das Instrument einer Volksinitiative eingeführt (500'000 Unterschriften), doch ist es, anders als in der Schweiz, für die Kommission und das Parlament der EU nicht bindend. Zudem fehlt das Mittel des Referendums, das in der Schweiz bestens etabliert ist.

Dieser Mangel an direkter Demokratie ist dennoch keine Spezialität der EU: Er ist der grossen Mehrheit der EU-Länder gemein. Ist es wirklich vorstellbar, dass die supranationale Institution - also die EU - Instrumente der demokratischen Partizipation einführt, die weiterentwickelt sind als jene, über die die Staaten verfügen, die zu dieser Institution gehören? Dies ist zumindest fraglich. In der Schweiz, in unserem Modell, ist die direkte Demokratie in den Kantonen noch stärker

ausgebaut als auf Bundesebene, wo es beispielsweise das Instrument der Gesetzesinitiative nicht gibt, sondern bloss jenes der Verfassungsinitiative.

Wie Sie sehen, zeigt der Diskurs über das Demokratiedefizit der EU Facetten, die keine einfachen, vorgefertigten Diagnosen erlauben.

All dies sollte uns zu grosser Vorsicht im Einnehmen von Positionen verleiten, die kritisch oder gar offen feindlich gegenüber der EU sind. Wir Liberalen wissen gut, dass die heute von der EU und der EZB ergriffenen Politiken alles andere als liberal sind, und wir sind uns auch der Tatsache bewusst, dass die Bürokratie der Gemeinschaft so weit von den Erwartungen der Bürger von EU-Staaten entfernt ist, wie man sich überhaupt denken kann. Wir können darum all jene verstehen, die sagen: Wir sind für ein integriertes und stärker einigtes Europa, aber wir sind gegen *diese* EU. Wir müssen heute jedoch leider feststellen, dass die EU-Gegner nur allzu oft noch weniger liberal sind als diese EU. Und müssen uns also gut überlegen: Welches wäre heute die konkrete Alternative zu *dieser* EU?

Auf der theoretischen Ebene müssten wir an die Europäische Föderation denken, wie sie von liberalen Persönlichkeiten imaginiert wurde, lange bevor die sogenannten Väter Europas (Jean Monnet, Robert Schumann und andere) ihren einheitlichen Entwurf lancierten. Wir können hier und jetzt nicht auf die Einzelheiten des Projekts einer europäischen Wirtschaftsföderation eintreten, wie sie 1918 von Luigi Einaudi ins Spiel gebracht wurde, dem grossen liberalen Denker, der Präsident der italienischen Zentralbank, italienischer Schatzminister in der unmittelbaren Nachkriegszeit und später Präsident der italienischen Republik war. Seine Föderation sah die Einführung einer einheitlichen Währung vor und also den Verzicht der einzelnen Staaten auf das Monopol der Geldausgabe. Er dachte an eine gemeinsame Armee, ein Bundesgericht, eine Bundespolizei, eine Bundesregierung und ein ebensolches Parlament, ein Steuersystem, das dem Zentralstaat die Erhebung der indirekten Steuern auf den Konsum überliesse, während die einzelnen Mitgliedstaaten für den Einzug der direkten Steuern auf das Einkommen und auf das Vermögen zuständig wären.

Die europäische Föderation wäre ein echter Staat, also ein stärker zentralistisches Gebilde als die heutige Union relativ souveräner Staaten. Es wäre mithin eine grosse Schweiz wie jene, die einst als moderne Eidgenossenschaft aus dem Sonderbundkrieg hervorging. Doch wäre ein solches Projekt im heutigen Europa überhaupt realisierbar? Welche politischen Kräfte wären bereit, es zu unterstützen? Welche intellektuellen Eliten? Die Fragen sind rein rhetorischer Art. Wir alle wissen, dass ein föderales Europa ein Traum bleiben wird, der in der Schublade einer Minderheit von Denkern schlummert.

Welches wäre also die Alternative zur EU, wie sie heute besteht? Was würde geschehen, wenn der Prozess der Entfremdung der EU von den Bürgern der EU-Staaten und der parallele Prozess der Delegitimierung des sanften Monsters Brüssel von Seiten vieler Bürger und verschiedener, mehr oder minder populistischer politischer Kräfte zum Schiffbruch der EU führten? Oder auch nur zum Schiffbruch des Euro, der mittlerweile zum Sündenbock geworden ist, gegen den sich das europäische Unbehagen wendet?

Überlegen wir uns gut, welche Politiken die Mehrheit der EU-skeptischen Kräfte verwirklichen würde.

Viele Liberale halten den Euro für eine unhaltbare Wahl.

Und es ist für viele unter uns fast selbstverständlich, dass sich ein echter Liberaler für einen freien Verkehr und einen freien Wettbewerb der Währungen in allen europäischen Staaten einsetzt.

Einaudi aber hat sich mit einer sehr liberalen Begründung für die Zentralisierung in einer einzigen Geldeinheit in den Händen eines föderalen (zentralen) europäischen Emissionsinstituts ausgesprochen. Einaudi schreibt:

„Wenn die europäische Föderation den einzelnen föderierten Staaten die Möglichkeit nehmen wird, öffentliche Bauarbeiten durch das Anwerfen der Druckerpresse zu tragen, und sie zwingen wird, dieselben einzig durch Steuern und freiwillige Darlehen zu finanzieren, nun, dann wird sie darum ein grosses Werk vollbracht haben. Das Werk einer gesunden und wirksamen Demokratie, weil die Regierenden der föderierten Staaten die Völker nicht mehr betrügen können werden, mit dem Blendwerk von Bauten, deren Ausführung nichts kostet, dank dem Wunderwerk von Papierscheinen. Vielmehr werden sie, um die Zustimmung zu neuen Abgaben oder Kredit für neue Darlehen zu erhalten, zeigen müssen, dass sie gegenüber den Bürgern wirksame Dienste erbringen.“

(L. Einaudi, *I problemi economici della federazione europea*, Nuove edizioni di Capolago, Lugano, 1944; zitiert aus: L. Einaudi, *La guerra e l'unità europea*, Bologna, Il Mulino, 1986, S. 102, capitolo *I problemi economici della federazione europea – Eigene Übersetzung*).

Von Hayek hingegen schreibt:

“Ich bevorzuge die Ablösung des ganzen Geldverkehrs von jeder Art von Geldunion auch darum, weil letztere nach einer internationalen Geldbehörde verlangte, die

meiner Ansicht nach weder durchführbar noch wünschbar ist – und kaum mehr vertrauenswürdig als eine nationale Behörde wäre.”

*(“I prefer the freeing of all dealings in money to any sort of monetary union also because the latter would demand an international monetary authority which I believe is neither practicable nor even desirable – and hardly to be more trusted than a national authority.” F. A. von Hayek, *Choice in currency: A way to stop inflation*, The Institute of economic affairs, London, 1976, 2. Auflage in Zusammenarbeit mit dem Ludwig von Mises Institute, 2009, S. 21. Eigene Übersetzung).*

Diese bedeutende Meinungsverschiedenheit zwischen zwei grossen Liberalen ist merkwürdig und bemerkenswert.

Aber so sehr wir zur Auffassung Hayeks neigen, müssen wir uns auch in diesem Fall fragen: Ist beim Wind, der heute in Europa weht, die Vorstellung realistisch, wonach nach einem Fall des Euros die Währungen frei zirkulieren und sich gegenseitig konkurrenzieren könnten? Gewiss, wir haben auch die Bitcoins, doch gibt es liberale Ökonomen, die gegenüber der digitalen Währung ein viel tieferes Misstrauen hegen als gegenüber dem Euro (zum Beispiel Xavier Sala i Martin).

Allein, wer ist bereit, darauf zu wetten, dass die Staaten nach dem allfälligen Schiffbruch der europäischen Einheitswährung auf das ausschliessliche Recht verzichten, Geld zu drucken?

7.

Kommen wir zum Kern der Frage. Der Geist, der im Europa zu Beginn des 3. Jahrtausends weht, ist bestimmt kein besonders liberaler. Die Alternative, die sich hinter der Ecke des Euroskeptizismus abzeichnet, ist keine grosse Schweiz, die sich auf den Wettbewerbsföderalismus gründet, und es ist kein Europa von souveränen Staaten, die sich dem freien, ungehinderten Austausch und der freien Konkurrenz - auch unter den verschiedenen Währungen - verschrieben haben. Die realistischste Alternative zu einem sanften Monster Brüssel ist vielmehr ein uneiniges Europa, das aus Staaten besteht, die wie früher hartnäckig den Protektionismus kultivieren, den marktfeindlichen Populismus, neue Formen des Etatismus. Wir haben gesehen, welches die politischen Programme der euroskeptischen Parteien sind, die in den jüngsten Europawahlen belohnt wurden: Es sind keine liberalen Programme. Wir können mit einem hohen Gewissheitsgrad und einem ebenfalls hohen Beunruhigungsgrad sagen, dass die konkrete Alternative zum sanften Monster

Brüssel heute leider in einem illiberalen Rückschritt vieler europäischer Staaten besteht.

Statt eine gesunde Reaktion hervorzubringen, so dass die Bürger und die Unternehmen wieder mehr Handlungsfreiheit und weniger reglementarische Einengungen haben, bedient der Euroskeptizismus die Nachfrage nach einer stärkeren protektionistischen Schliessung, die die Freiheiten noch weiter einschränkt, allen voran die wirtschaftliche, aber nicht nur sie.

Eine Sache ist also unsere ebenso begrüßenswerte wie wünschenswerte Vision einer offeneren, weniger bürokratischen, weniger zentralistischen und liberaleren EU. Eine ganz andere Sache ist die real existierende Situation in den EU-Ländern nach den Europawahlen. Wir müssen uns bewusst sein, dass weder in Frankreich noch in Italien, Grossbritannien oder Deutschland der politische Rückhalt besteht, um innerhalb der einzelnen EU-Länder eine liberale Politik umzusetzen. Sollte die EU auseinanderbrechen und damit einhergehend die Währungsunion, so haben wir keine Gewissheit, dass auf dem alten Kontinent eine liberale Ordnung Einzug halten würde. Ganz im Gegenteil weist alles darauf hin, dass wir uns von jenem liberalen Gesellschaftsmodell, das wir alle anstreben, noch weiter entfernen würden.

Darum stellt sich die Frage, welchen Nutzen brillante, allerdings auch spielerische intellektuelle Übungen wie jene haben, der sich Hans Magnus Enzensberger hingegeben hat. Hat es wirklich Sinn und bringt den europäischen Bürgern einen Nutzen, wenn jemand sich über die Bürokratie von Brüssel lustig macht? Wenn jemand die Regulierungsmanien an den Pranger stellt? Wenn es darum geht, mehr demokratische Kontrolle von unten nach oben hervorzubringen, dann natürlich schon. Wenn es hingegen darum geht, eine rein destruktive Kritik zu lancieren, wie es viele tun, dann nicht. Wir verdanken Ludwig von Mises die Erkenntnis, dass jene Übel, jene Degenerationen zu jedem Verwaltungsapparat gehören, sei er nun schweizerischer, deutscher, griechischer, spanischer oder italienischer Herkunft: Sie sind kein monströses Geschöpf der EU. Von Mises schreibt:

„Öffentliche Verwaltung, die Führung des staatlichen Zwangs- und Gewaltapparates, muss notwendigerweise formalistisch und bürokratisch sein. Keine Reform kann die bürokratischen Züge der Staatsbehörden aufheben. Es ist zwecklos, sie für ihre Langsamkeit und Trägheit zu tadeln. Es ist vergebens, über die Tatsache zu jammern, dass Beharrlichkeit, Sorgfalt und gewissenhafte Arbeit des durchschnittlichen Amtsbediensteten in der Regel unter jenen des durchschnittlichen Arbeiters in der Privatwirtschaft liegen. (...) Es ist zwecklos, die pedantische Einhaltung starrer Regeln und Regulierungen durch den Bürokraten zu bemängeln.“

(L. von Mises, *Die Bürokratie*, Sankt Augustin, 2004, S. 126; Herausgeber Liberales Institut der Friedrich Naumann Stiftung, Übersetzung aus der amerikanischen Originalausgabe *Bureaucracy*, Yale University Press, New Haven, 1944.)

Der Kampf gegen die Bürokratie kann nur darauf abzielen, sie einzuschränken. Und es ist zudem nicht gesagt, dass eine Bürokratie, die nicht in den Hinterzimmern von Brüssel stattfindet, weniger anfällig wäre für unheilvolle Phänomene wie den Klientelismus, den Nepotismus, das Nachgeben gegenüber dem Druck von Lobbyorganisationen, die Korruption. Ich weiss nicht, ob es Studien gibt, die diesen Aspekt untersucht haben. Doch wenn wir schauen, wie weit verbreitet die Korruption und der Lobbyismus im politisch-administrativen System einiger EU-Staaten sind, so dürfte der Verdacht, dass die Bürokratie von Brüssel weniger schlimm als andere Bürokratien sei, nicht ganz unbegründet sein.

8.

“Es wird kein dringenderes Bedürfnis geben als jenes, neue Verteidigungen gegen die Angriffe populärer Formen des Keynesianismus zu errichten“.

sagt von Hayek.

(“There will be no more urgent need than to erect new defenses against the onslaughts of popular forms of Keynesianism“. Hayek, op. cit. S.15. Eigene Übersetzung)

Populäre Formen des Keynesianismus: Glauben Sie nicht, dass es gerade dies ist, was unter der Asche des mittlerweile erloschenen europaphilen Gefühls ganz zur Rechten und ganz zur Linken in der politischen Landschaft der EU-Staaten glimmt? Und wie sehr haben sich diese Populäre Formen des Keynesianismus: in den Eliten der Ökonomie und in den Zimmern der politischen und monetären Macht in Europa bereits etabliert? Vielleicht sind wir bereits jenseits der Alarmstufe rot.

Wie lässt sich dieser Rückschritt rückgängig machen? Indem die Titanic der EU gegen den Eisberg, also gegen die Wand gefahren wird? Indem der alte Kontinent zu einem Europa völlig souveräner Staaten zurückkehrt, wobei jeder seine eigene Währung druckt, die Grenzen nach Belieben schliesst, sich noch mehr verschuldet, die Abgaben und Steuern erhöht, die Währung entwertet, und dadurch die Sparer enteignet, Einfuhrzölle erhebt und andere Barrieren gegen den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen errichtet, indem er sich mithin ständig auf die höheren nationalen Interessen beruft?

Als Liberale kann ich auf diese Fragen bloss mit einem Kopfschütteln antworten. Die EU, so kritisierbar und wenig liberal sie auch sein mag, ist heute als der kleinere Übel notwendig. Aber sie ist nicht hinreichend. Gerade heute ist es wichtig, dass man auch Europäer ausserhalb der EU sein kann. Kann immer noch ein Europa ausserhalb der EU existieren? Die Antwort kann nur ja sein. Mit Blick auf das Ziel des Friedens bedarf Europa einer Union unter Staaten, die sich bekriegt haben. Mit Blick auf das Ziel der Freiheit braucht Europa nicht nur einen einheitlichen und liberalisierten Markt in seinem Innern, sondern auch den gesunden Wettbewerb unter den Staaten, die sich in die Union integriert haben, und jenen nicht weniger europäischen Staaten, die ausserhalb der EU bleiben. Die Schweiz ist eines dieser Länder. Denken wir nur an die enormen Risiken für die Steuerzahler des alten Kontinents, die vom Druck einer steuerlichen Harmonisierung in Europa ausgehen: Es ist nicht einfach, sich für die Steuerzahler etwas Schlimmeres vorzustellen als ein kontinentales Fiskalkartell, das den Steuerwettbewerb unter Regionen und Ländern unterdrückt, innerhalb und ausserhalb der EU. Wenn es uns nicht gelingt, diese Rückschritte aufzuhalten, werden wir – mit Hayeks Worten - einen neuen „Weg zur Knechtschaft“ einschlagen. Unweigerlich. Unaufhaltsam.

Der leitende Grundsatz müsste sein: für die EU und innerhalb der EU nur das Notwendigste, alles andere ausserhalb der EU, im Wettbewerb mit ihr. Wir Schweizer glauben noch an die pädagogische Kraft der Legende von Wilhelm Tell. Wer weiss, ob die Europäer noch an den positiven Mythos der Prinzessin Europa glauben, die von Zeus in Gestalt eines weissen Stiers entführt wurde, eine Szene, wie sie von Tiziano im Jahre 1562 so unübertrefflich dargestellt wurde, dass Rubens im Jahre 1629 eine kreative Kopie anfertigte. Es handelt sich dabei um zwei Werke, die entstanden, als das moderne Europa auf dem Weg der Revolution der Renaissance konkrete Konturen anzunehmen begann. Heute ist in Europa kaum mehr ein Renaissance-Geist anzutreffen. Gut sichtbar sind hingegen einige beunruhigende Abwege, auf denen sich Bewegungen zur äussersten Rechten und Linken befinden. Ihre Vertreter erhalten von den Bürgern eine Zustimmung, auf die sie vor der Krise kaum hoffen konnten. Wer sich auf die liberalen Grundsätze und die Ideen beruft, wird in die Enge getrieben. Aber vielleicht ist dies alles nötig, um neu über eine EU nachzudenken, die allzu zentralistisch und in ihrer Methode, in ihrer Bestaunung des Geleisteten allzu selbstbezüglich geworden ist. Es ist eine allzu narzisstische, eine allzu besserwisserische EU. Demgegenüber brauchen wir eine EU, die aufmerksamer und offener gegenüber ihrer inneren und äusseren Verschiedenheit ist und die also nicht den Anspruch erhebt, Europa erschöpfend darzustellen und letztendlich zu verwirklichen.